



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Ostwestfalens Leistungsentfaltung und Wiederbegründung seiner Universität in Paderborn

Hamann, Heinz

[Paderborn], 1965

Ostwestfalens Leistungsentfaltung

urn:nbn:de:hbz:466:1-8148

Ostwestfalens Leistungsentfaltung

Für gut 33 % der Landesfläche ist der G r u n d s t e i n zu legen für eine s o l c h e Entwicklung, daß der ansässigen und zuwachsenden Bevölkerung e c h t e Chancen zur Teilnahme am industriegesellschaftlichen Wohlstandswachstum geboten werden können. Die Größe und Bedeutung dieser Aufgabe bedingt es, daß sie nur von der Landesregierung her in Angriff genommen werden kann. Sie ist o r g a n i s c h und damit ebenso sinnvoll wie mit optimalem Nutzeffekt nur insoweit zu lösen, als z u k ü n f t i g eine f u n k t i o n s f ä h i g e und l e i s t u n g s s t a r k e S y m b i o s e zwischen dem Arbeitsraum des Industriereviers und dem Erholungsraum des Berglandes Ostwestfalen geschaffen und kraftvoll ausgestaltet wird.

Nachdem wir im Rahmen unserer arbeits-, bevölkerungs- und sozial-ökonomischen Teilanalysen eine Reihe von Feststellungen zu treffen und bereits raumspezifische Erkenntnisse zu gewinnen vermochten, ist der Weg geebnet, um die S p e z i a l p r o b l e m e der Teilräume für Ostwestfalens Leistungsentfaltung weiter zu verfolgen. Da im Nordraum generell weniger naturgegebene Leistungskapazitäten vorhanden sind und einer vollen Erschließung harren, als es für den Zentral- und Südraum zutrifft, und der Westraum ein agrarisches Intensivgebiet eigener Art und Aufgabenstellung umfaßt, konzentrieren wir unsere weitere Untersuchung auf die

Frage der sozialökonomischen Raumesundung Ostwestfalens durch Erschließung seiner natürlichen Heil- und Kraftquellen im Dienste bewußter Förderung der Volksgesundheit und Bereinigung der sozialen Probleme.

Damit stehen wir vor Fragen der

1. Raumforschung insoweit als es gilt, die vorhandenen Potenziale Ostwestfalens zu erfassen und zu ermitteln, wie und mit welchem Einsatz die Erschließung und Nutzbarmachung möglich erscheint;
2. Raumpolitik insoweit als es gilt, die Landespolitik in geeigneter Weise heranzuziehen, um die aufgezeigten Raumfragen zu bereinigen.
3. Raumsoziologie insoweit als es gilt, aus dem Verhalten der Bevölkerung die raumspezifischen Folgerungen zu ziehen und daraus zu entnehmen, in welcher Weise bevölkerungsökonomische Nutzeffekte zu gewinnen sind;
4. Raumökonomik insoweit als es gilt, die Lösungen für die Teilräume zu fördern, die ihrer Anlage nach den größtmöglichen Gesamtnutzeffekt von der Erfüllung der anstehenden Gemeinschaftsaufgaben erwarten lassen können.

Die Fragen der Raumforschung, die bereits aus landes-, hochschul- sowie bildungspolitischer Sicht generell behandelt worden sind, erfahren im Zusammenhang mit der Universitätsstandortsfrage eine abschließende Zusammenfassung.

Die Fragen der Raumpolitik ergeben sich aus den anstehenden und für Ostwestfalen zum wenigsten bereits skizzierten arbeits-, bevölkerungs-, sozial- und bildungsökonomischen Aufgaben, die unseren Raum im Landesrahmen obliegen und bei Begründung der aufgezeigten materiellen Voraussetzungen zu erfüllen sind.

Die Fragen der Raumsoziologie und Raumökonomik, die somit verbleiben, bedürfen besonderer Bearbeitung. Aus dem Zusammentreffen von Grundsatzfragen auf der Landes- und Ostwestfalen-Ebene rechtfertigt es sich vor allem, die agrarsoziologischen und agrarökonomischen Raumprobleme zu analysieren, um daraufhin zu einer raumspezifischen Synthese vordringen zu können. Das Ostwestfalenproblem präsentiert dann, wenn es von grundauf und im Zusammenhang mit den im Landesrahmen anstehenden Aufgaben gesehen wird, n i c h t n u r A u f g a b e n, sondern zugleich auch L ö s u n g e n.

Bei der bekannten Arbeitsmarktlage und den Begleiterscheinungen der Gastarbeiterbeschäftigung, unter denen das Devisenproblem immerhin der Beachtung wert ist ad 1. ;

bei den betriebsökonomisch begreiflichen Expansionsbestrebungen der maßgeblichen Industrieunternehmungen ad 2.

und bei der Weltmarktlage mit ihrem noch immer wachsenden Defizit zwischen Bedarf und Nachfrage einerseits sowie Nachfrage und Angebot andererseits ad 3.

kann wirtschaftspolitisch dem a r b e i t s ö k o n o m i s c h e n Grundsatzproblem nicht gleich zuviel Bedeutung beigemessen werden.

Die Hebung der Arbeitsleistungen je Arbeitsstunde erweist sich als entscheidender Hebel in deutscher Unternehmerhand, um den im weltweiten Konkurrenzkampf erreichten Platz zu behaupten und auszubauen.

Daher gewinnt die Gesundheitsförderung und Gesundheitspflege der Arbeitnehmer zunehmend an Bedeutung und mit ihr auch die Frage einer sinnvollen Freizeitnutzung und Urlaubsverwendung. Was diesbezüglich heute richtig ist, wird später und so lange noch wichtiger werden, als die Überalterung unseres Volkes fortschreitet.

Grundsatzprobleme dieser Art, die schon aus arbeitsökonomischer Untersuchung resultieren, werden bei zusätzlicher bevölkerungs- und sozialökonomischen Überprüfung nur noch dringlicher. Und von hier aus gesehen gewinnt das Ostwestfalen-Problem eine entscheidende Bedeutung und Stellung innerhalb landespolitischer Erwägungen.

Für die Verwirklichung einer gesundheitsfördernden Freizeit- Wochenendnutzung und Urlaubsverwendung der Industriebevölkerung Nordrhein-Westfalens bietet Ostwestfalen einmalige und kostengünstige Chancen!

1. An der östlichen Raumgrenze vom Wiehengebirge nach Süden zu verfügt Ostwestfalen im Teutoburger Bergland, in der Egge bis ins Rothaargebirge hinein und weiter südlich in das Ostwestfalen zugehörige Sauerlandmassiv, insgesamt über ein Erholungsgebiet von einmaliger Geschlossenheit, Schönheit und Bedeutung. Neben einer Vielzahl von an 60 Orten bisher bekannten, aber nur zum Teil genutzten Heilquellen, neben Heilmooren verschiedener Art im Zentralraum und dem nicht weniger heilkundlich bedeutsamen Quellen und Heilerden enthaltenden Flächen des östlichen Sauerlandes wartet das Ostwestfalenklima darauf, medizinisch wertvolle Dienste zu leisten. Infolge seiner erheblichen Differenziertheit, die unterschiedlichste Anwendung erlaubt, seiner klassischen Luftreinheit und gesunden Herbheit auf der einen, Milde auf der anderen Seite, findet die Bevölkerung hier eine Naturgabe erster Ordnung, die bereit ist, erholsamste Wirkungen zu spenden.
2. In Ergänzung der naturgegebenen Heilkräfte seines Raumes erweist sich Ostwestfalen als ein Erholungsgebiet, dessen Möglichkeiten sich auch die Bezieher von bescheidenen Einkommen nutzbar machen können, weil in diesem Raum durch Begünstigung der ersten Ansätze zur Entwicklung eines Fremdenverkehrs Tausende von sehr preiswürdigen Quartieren bereit zu stellen sind. Wie kaum irgendwo anders in der Bundesrepublik findet sich in Ostwestfalen ein so geschlossenes und gesundes Heil- und Erholungsgebiet. Und wie kaum in einem anderen Raum finden sich an den geeigneten Örtlichkeiten bäuerliche Siedlungen, teils zerstreut, teils in Dörfern, größerer oder kleineren Umfangs, deren durch die agrarpolitische Entwicklung schwer bedrohte

Existenz durch Einschaltung in den Fremdenverkehr in eine immerhin gesicherte ohne Zwang zur Abwanderung in die Stadt umgewandelt werden kann.

Um die allgemeine agrarsoziale Frage in unserem Industriestaat frei von Illusionismus und Pessimismus und unbeschwert von Ideologien erkennen und anschließend objektiv beurteilen zu können, bedarf es zunächst einiger Anmerkungen, die uns den Boden der Wirklichkeit breiten:

1. Zwischen 1882 und 1950 hat sich die landwirtschaftliche Bevölkerungsdichte, also die Zahl der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen (Erwerbspersonen + Familienangehörige) je 100 ha Nutzfläche kaum bzw. so wenig verändert, daß einkommenspolitische Wirkungen praktisch nicht festzustellen sind.
2. Von 1882 bis 1950 entfielen durchschnittlich jeweils 2 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche auf einen landwirtschaftlichen Berufszugehörigen.
3. Es besteht also kein Anlaß, die in den rund 7 Jahrzehnten erfolgten Abwendungen der Bevölkerung von landwirtschaftlicher Betätigung und entsprechende Einströmungen in gewerbliche oder andere vorwiegend stadtverbundene Berufe als "Landflucht" zu bezeichnen.
4. Die Abgabe von Menschen aus landwirtschaftlichen bzw. bodengebundenen Familien an andere Erwerbsbereiche der Volkswirtschaft war - wie es die Statistik ausweist - im Endeffekt nichts anderes als die Überstellung eines Bevölkerungsüberschusses auf Grund überdurchschnittlicher Geburtenleistungen und Geburtenüberschüsse.
5. Diese Bevölkerungsabgabe vom Land an die Stadt erfolgte als Auswirkung der ökonomisch-technischen Entwicklung. Über den vorhandenen Bestand hinaus konnte ein Bevölkerungszuwachs keine sozial befriedigenden Arbeitsplätze erhalten.
6. Es empfiehlt sich also, für die Zeitepoche bis 1950 nicht von einer Landflucht zu sprechen, sondern der Wirklichkeit gemäß von einer Aufrechterhaltung oder Stagnation der landwirtschaftlichen Bevölkerungszahl, die durch einen immerwährenden Abgabeprozess des natürlichen Bevölkerungszuwachses an die Städte

aufrecht erhalten worden ist.

7. AB 1951 ist ein Wendepunkt in der landwirtschaftlichen Bevölkerungsentwicklung zu verzeichnen. Das Eintreten dieses Wendepunktes zu diesem Termin ist kein Zufall sondern findet eine eindeutige Erklärung in der nach 1951 eintretenden völligen Hinwendung der Wirtschafts- und Preispolitik zu den Grundsätzen einer offenen Volkswirtschaft im Zeichen der "sozialen Marktwirtschaft". Bis zu den bekannten Rhöndorfer Vereinbarungen war seit Beginn der wachsenden Industrialisierung innerhalb der deutschen Volkswirtschaft eine gemäßigt agrarfreundliche Wirtschaftspolitik betrieben worden. Diese Wirtschaftspolitik verfolgte einen gewissen Interessenschutz der einheimischen Landwirtschaft, indem, dafür gesorgt wurde, daß bis zu einem gewissen Grade die bäuerlichen Existenzen als gesichert angesehen werden konnten. Ob es bewußt oder unbewußt dazu kam, wozu es letztlich gekommen ist, wenn wir die fraglichen 7 Jahrzehnte rückwärtsschauend überblicken, mag hier dahingestellt bleiben. Es steht jedenfalls fest, daß in den 7 Jahrzehnten bis 1950 das durchschnittliche Volkseinkommen je Kopf, welches bei den landwirtschaftlichen Berufszugehörigen aus ihrer Wertschöpfung zu ermitteln ist, immer, und zwar nicht ganz wenig, niedriger lag als in den nicht landwirtschaftlichen Bereichen der Volkswirtschaft. Wir verzeichnen also als agrarpolitische Begleiterscheinung der industriestaatlichen Entwicklung in Deutschland bis 1951 ein eindeutiges Gefälle im durchschnittlichen Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung von den nicht landwirtschaftlichen Bereichen der Volkswirtschaft zum landwirtschaftlichen Bereich, oder kurz gesagt, vom Gewerbe zum Landbau, oder von der Stadt zum Land. Ganz zweifellos war dieses Einkommensgefälle in seiner beständigen Aufrechterhaltung ein wesentlicher Anlaß dafür, daß der landwirtschaftliche durch den natürlichen Geburtenüberschuß immer wieder auftretende Bevölkerungszuwachs in die gewerblichen Berufe abwanderte.
8. Die sich so erklärende Jahrzehnte hindurch währende Abflußbewegung von Landmenschen in gewerbliche Berufe konnte ohne Störungen des landwirtschaftlichen Leistungsfortschrittes erfolgen, weil seitens der industriellen Entwicklung dem Landbau laufend und in wachsender Zahl technische Errungenschaften zur Bewältigung der wachsenden Produktionen zur Verfügung gestellt wurden.

9. Von 1950 bis 1963 ist die erste entscheidende Verringerung der landwirtschaftlichen Bevölkerung eingetreten. Entfielen bis dahin auf einen landwirtschaftlichen ldw. Berufszugehörigen 2 ha lvg. Nfl., sow wächst nunmehr der Nutzflächenumfang je landwirtschaftlichen Berufszugehörigen auf 3 ha oder um 50 % an.
10. Sozialpolitisch und sozialökonomisch aber bleibt zu beachten, daß trotz der Verringerung der Landvolkssubstanz um 36 % keine Erhöhung des je Berufszugehörigen in der Landwirtschaft erzielten durchschnittlichen Volkseinkommens festzustellen ist.

Zeitraum	Wertschöpfung je 100 ha	Landwirtschaftl. Berufszugehöri- ge je 100 ha	Ø Volks- Einkommen je ldw Be- rufszuge- hörigen	Ø Volks- eink. d. ges. Bev.	Landw. Volks- eink. in % d. Ø V.
1938	: 1.500 dz GE	: 48	: 32,5 dz GE	: 59,1 dz	: 55,1 %
1962/63	: 1.560 dz GE	: 32	: 48,1 dz GE	: 97,6 dz	: 49,3 %

Aus diesen Werten, die für die Wertschöpfung anhand der Grundgleichung - Seite 38 - errechnet worden sind, folgt:

Trotz des Abbaues der Landvolkssubstanz und Zuwachs der ldw. Nutzfläche je Berufszugehörigen um 50 % ist das durchschnittliche erzielte Volkseinkommen je ldw. Berufszugehörigen zwar absolut gewachsen aber gleichwohl am Volkseinkommensdurchschnitt der Gesamtbevölkerung gemessen von 55 % auf 49,3 % abgesunken. Diese Feststellung wird getroffen obschon im gleichen Zeitraum das Produktionsvolumen je ha um 50 % gestiegen ist. Die von dieser Leistungssteigerung zu erwartende Anhebung der Wertschöpfung aber mußte ausbleiben, weil der Anteil des Sachaufwandes am Produktionsvolumen ebenfalls eine Steigerung um 50 % erreichte, da einmal die Sachaufwandskosten und 2. die Menge des Sachaufwandes im Zuge fortschreitender Mechanisierung steigende Tendenz zeigten.

11. Gegenüber dieser Klarstellung in der Frage der Wertschöpfung lassen sich Bemühungen nicht verstehen, die darauf abzielen, das wirkliche Bild zu verschleiern.

Ebenso wie der Arzt am Krankenbett nur aufgrund einer voll zutreffenden Diagnose die richtige Therapie anwenden kann, bedarf auch der seiner Verantwortung bewußte Politiker einer objektiv richtigen Aufklärung sozialökonomischer Zusammenhänge, um daraufhin seine Entscheidungen treffen zu können.

So, aus der wissenschaftlichen Verantwortung gegenüber einer hohen Aufgabe gesehen, können die Bemühungen nicht ohne Ablehnung verbleiben, die in der agrarsozialen Frage ein zumindest unklares Bild dargeboten haben.

12. Seit Jahren ist es üblich, die in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen nach einem bestimmten Schlüssel auf Vollarbeitskräfte umzurechnen die buchführungsmäßig erfaßbaren Arbeitseinkommen auf diese Vollarbeitskräfte zu beziehen, um mit diesen so ermittelten Jahreseinkommen der Vollarbeitskräfte dann Industriearbeiter-Jahreslöhne zu vergleichen. Insoweit derartige Berechnungen nicht dazu dienen sollen, die Agrarpolitik zu beeinflussen, interessieren sie den wissenschaftlichen Agrarökonomen und Soziologen nicht. In jedem anderen Falle aber kann nicht unterlassen werden aus wissenschaftlicher Sicht die gebotenen und begründeten Bedenken zu unterbreiten:
 - a. Arbeitskraftumrechnungen können nur dann zu objektiv vergleichbaren Ergebnissen sozialpolitischer Art zwischen verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft führen, wenn sie in sämtlichen zu vergleichenden Bereichen vorgenommen werden. Dies ist zweifellos bei den angezogenen Vergleichsrechnungen bisher nicht dabei gewesen.
 - b. Gegenüberstellungen von Jahresarbeitseinkommen in der Landwirtschaft, wo Tagesarbeitszeiten von 10 Stunden und Wochenarbeitszeiten von mehr als 60 Stunden immer noch weitgehend zum täglichen Brot gehören, mit Jahresarbeitslöhnen von Industriearbeitern die lt. statistischer Nachweisung die 2.000-Stundengrenze im Jahr arbeitszeitlich nicht überschreiten, geben von vornherein ein zumindestens schiefes, um nicht zu sagen falsches Bild,
 - c. Gegenüberstellungen von Arbeitseinkommen in der Landwirtschaft und in der Industrie, die wie bisher üblich - auf der einen Seite Vollarbeitskräfte und auf der anderen Seite in der Industrie keine Vollarbeitskräfte bei der Heranziehung der Lohnsätze sondern nur angelernte oder Hilfsarbeiter auswählen, vermögen den an Objektivität zu stellenden Anforderungen nicht zu genügen.
 - d. Unter voller Würdigung dieser Verfahrensgrundsätze bei Lohnvergleichen zwischen agrarischer und gewerblicher Wirtschaft ist festzuhalten, daß den Ergebnissen irgendeine Beweiskraft für die agrarsoziale Lage nicht zugesprochen werden kann.
13. So sehr es auch wissenschaftlichen zu begrüßen ist, wenn sich die am-

tierenden Minister mit den "Aufgaben einer modernen Agrarpolitik" öffentlich auseinandersetzen, weil aus solchen Ausführungen erkennbar wird, inwieweit die sozialen und ökonomischen Zusammenhänge und nach welcher Richtung hin auf politischer Ebene überblickt werden, so kann eine solche Feststellung nicht davon abhalten, auf erhebliche Gefahrenmomente hinzuweisen. Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Alfred Kubel sieht eine "Aufgabe moderner Agrarpolitik" auch in der Betriebsgrößenfrage. Diese Sicht ist zweifellos begründet. Wenn aber Minister Kubel angesichts des Finanzaufwandes, der unerlässlich ist, wenn aus vielen kleinen Betrieben nach der Grundsatzplanung von Manshoults wenige Großbetriebe zusammengelegt werden sollen, wenn also die Bodenreform, die einst auch in der Zeit zwischen 1919 und 45 und sogar später recht groß geschrieben wurde, nunmehr völlig umgekehrt werden soll, der Auffassung ist,

"daß das Tempo der notwendigen Zusammenlegung bäuerlicher Betriebe weitgehend vom Generationenwechsel bestimmt wird und von der Abwanderung noch umstellungsfähiger Bauern in andere Erwerbszweige." 10)

So vermögen wir weniger Konstruktions- als vielmehr Kapitulationskonzeptionen zu entnehmen.

14. Wer die verschiedensten Diskussionen um die Manshoults'sche Planung verfolgt hat, muß feststellen:

Weil es wirtschaftspolitisch so lange nicht möglich erscheint die agrarsoziale Frage von der Erzeugerpreisseite in Ordnung zu bringen als die gegenwärtige Weltwirtschaftslage keinen Strukturwandel erfährt, wird rein rechnerisch am grünen Tisch so lange gearbeitet, bis sich herausstellt, daß nach weiterer Verminderung des Landvolks um so und so viel Millionen der verbleibende Rest voraussichtlich einkommensmäßig zufriedenzustellen ist.

Das mag "ökonomisch-theoretisch" möglich sein. Das ist aber agrarökonomisch deswegen nicht praktikabel, weil die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte nur bis zu dem Grenzwert reduziert werden können, der sich aus dem Arbeitskräftebedarf zur Versorgung des Viehbesatzes ergibt, der unbestreitbar für die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und der Voraussetzungen zu weiterer Bodenertragsprogression vorhanden sein muß. 11)

10) Kubel, A.: Aufgaben einer modernen Agrarpolitik: Die neue Gesellschaft 1964 - Heft 5 - Seite 370

11) Hamann, H.: Die Vermehrung der Produktivität der europäischen Landwirtschaft 1955 in Paris in franz. Sprache erschienen.

15. Angesichts der von Kubel vertretenen und anderen Seiten bejahten Auffassung ist zu betonen:

Wenn gegenwärtig im Durchschnitt des Bundesgebietes nur noch 16 landwirtschaftliche Berufszugehörige auf 100 ha ldw. Nutzfläche ein paritätisches Volkseinkommen durchschnittlich erzielen können, so ist folgende Lage erreicht:

16 Berufszugehörige entsprechen 3 durchschnittlich landwirtschaftlichen Familien mit 3 Ehemännern und 3 Ehefrauen, 3 Angehörigen der Großelterngeneration und 7 Kindern. Daraus ergeben sich 3 Männer + 3 Frauen + 3 Alte oder insgesamt 5 sogenannte volle Arbeitskräfte und 2,3 Kinder je Familie. Arbeitswirtschaftlich dürfte damit, wenn überhaupt noch bäuerliche Betriebe in den Planungen auf höchster Ebene vorgesehen sind und der absolute Nullpunkt des Abbaues erreicht sein. Aber kann agrarpolitisch nur vom arbeitswirtschaftlichen Standpunkt aus gedacht, geplant und gehandelt werden?

16. Unsere Übersicht 5 - Seite 23 - zeigt eindeutig auf, daß und in welcher entscheidendem Umfange gegenwärtig die Aufrechterhaltung eines sehr bescheidenen Bevölkerungszuwachses immer noch sehr stark von den Geburtenüberschüssen der selbständigen Landwirte und Landarbeiter bedingt werden.

Und was für das Bundesgebiet zutrifft, bestätigt die Übersicht 6, Seite 25, für das Land Nordrhein-Westfalen, für Ostwestfalen und hier für die Teilräume, in denen noch ein nennenswerter Anteil landwirtschaftlicher Bevölkerung dafür sorgt, daß Haushalte mit mehr als 5 Personen vorhanden und überdurchschnittlich viel Kinder geboren und aufgezogen werden.

17. Es bedarf keiner weiteren Betonung der Tatsache, daß eine Landesregierung, die bevölkerungsökonomischen Überlegungen erwägt, sich zu einer aktiven Familienpolitik bekennt und die agrarsoziale Frage und alle damit zusammenhängenden Probleme auch familienpolitisch abwägt.

18. Die für Ostwestfalen sich ergebenden agrarpolitischen Konsequenzen können nicht an den aufgezeigten agrarökonomischen, arbeitsökonomischen, bevölkerungsökonomischen und sozialökonomischen Raumfragen gewissermaßen vorbeigehenderweise gezogen werden.

Es hat sich eindeutig herausgestellt, daß der Kernraum Ostwestfalens eine sehr wesentliche Geburtenüberschußquelle für das Land

ist. Es hat sich gezeigt, daß Ostwestfalen in weiten Teilen durch eine hohe Zahl von selbständigen Unternehmerfamilien und eine sehr beachtliche Überschreitung des Landesdurchschnitts hinsichtlich der Haushaltungen von mehr als 5 Personen ausgezeichnet ist.

19. Dieses Ostwestfalen mit einer Gesamtzahl von etwas mehr als 88.000 zur Landwirtschaft zu rechnenden Betrieben vom kleinsten bis zum größten Umfang ist infolge seiner Grenzlage und großen Entfernung vom Absatzmarkt des Ruhrreviers dadurch einkommensmäßig benachteiligt, daß
- a. die Klimabedingungen die Landwirtschaft benachteiligen, während die gleichen Klimaverhältnisse den gesamten Raum als Erholungsgebiet ausweisen,
 - b. die Preisspanne für Agrarprodukte den Bundesdurchschnitt von 85 % erheblich übertrifft.
20. Angesichts dieser ostwestfälischen Gesamtlage und besonderen Agrarverhältnisse wurden im Wege weitergehender Einzeluntersuchungen Feststellungen dahingehend getroffen, ob und wieweit landvolkliche Selbsthilfemaßnahmen in Ostwestfalen und im benachbarten Hessenland bereits eingeleitet und mit Erfolg durchgeführt worden sind.

Das Ergebnis:

In einigen Dörfern des Kreises Büren z.B. sind die Bewohner dazu übergegangen, die ihre Einkommenslage so ungemein bedrückenden Preisspannen für die Erzeugnisse ihrer Höfe dadurch bis fast zum Nullpunkt abzubauen, daß sie sich der Aufnahme von Feriengästen zugewandt haben. Was in Ostwestfalen erst sporadisch erkennbar wird, ist in Hessen bereits eine weit verbreitete erfolgreiche Selbsthilfeaktion der Bauernschaft.

21. Die sehr naheliegende ökonomische Überprüfung der landespolitisch bedeutsamen Frage, welcher Nutzeffekt aus einer zielbewußten Nutzbarmachung der Heilkräfte Ostwestfalens für die Hebung des Gesundheitsstandes der Landesbevölkerung im Zusammenhang mit einer grundlegenden Verbesserung der sozialökonomischen Verhältnisse in der Landwirtschaft erwartet werden kann, hat zu folgender Berechnung geführt:
- Es wird unterstellt, daß 60 % der vorhandenen landwirtschaftlichen Betriebe oder insgesamt 50.000 in die Aktion "Landvolkliche Existenzsicherung durch aktiven Beitrag zur Nutzbarmachung der natürlichen

Heilkräfte des Raumes für die Erholung der Industriebevölkerung" einbezogen werden. Rechnen wir mit einer durchschnittlichen Erholungszeit von 4 Wochen, so ließen sich bei zehnmalem Gästewechsel im Jahr 2 Mill. Industriemenschen oder bei vierzehntägiger Erholungszeit und zwanzigmaligem Gästewechsel 4 Mill. Industriemenschen innerhalb eines Jahres entscheidend an der Wiederherstellung ihrer Arbeits- und Leistungsfähigkeit beteiligen.

Bei Zugrundelegung eines bescheidenen Tagessatzes von 10,-- DM - in Hessen werden 9,50 DM bis 12,50 DM für Erwachsene und etwa 1,-- DM je Lebensjahr für Kinder bis zu 10 Jahren gezahlt - würde sich ein Einnahmebetrag von immerhin 560 Mill. DM je Jahr für die 50.000 Betriebe oder von 11.200,-- DM je Betrieb und Jahr ergeben können.

22. Unabhängig von diesem rechnerischen Ergebnis sind die politisch sehr viel höher zu bewertenden Folgen einer derartig zielbewußt vom Land geförderten Gesundungsaktion für Stadt und Land. Wir stellen heraus:
- a. 50.000 Familien wären von so manch einer Existenzsorge befreit.
 - b. 50.000 Hausfrauen könnten im Haushalt verbleibend unter Heranziehung von Familienangehörigen sehr positiv bei der Verbesserung der Einkommenslage ihrer Familie mitwirken.
 - c. 50.000 dörfliche Familien könnten aufgrund ihrer verbesserten Situation dann auch daran denken ihre Kinder der Eignung gemäß eine Universität besuchen zu lassen, wenn diese im Zentralraum Ostwestfalens, also in Paderborn, ihren Standort findet.
23. Für die Landesregierung zeichnet sich somit für die Wiederbegründung von Ostwestfalens Landesuniversität im Zusammenhang mit der Durchführung eines Sozialprogramms der "Gesundung von Land und Stadt" ein Weg ab, der es ermöglicht, arbeits-, bevölkerungs-, sozial- und bildungsökonomischen Erkenntnissen gemäß einen ebenso entscheidenden wie nachhaltig wirksamen Effekt in den Bereichen der Gesundheitspolitik, Familienpolitik und Agrar- sowie Sozialpolitik zu erzielen.